

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

27. Mai 1958

234/A.B.  
zu 122/JAnfragebeantwortung

In Beantwortung einer Anfrage der Abg. Z e i l l i n g e r und Genossen, betreffend gleiche Behandlung aller Mieter der bundeseigenen Wohnsiedlung Walserfeld, teilt Bundesminister für Finanzen Dr. K a m i t z im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. B o c k folgendes mit:

Bei der Abstattung der Mehrkosten für die Heizperiode 1955/56, die die Mieter der Walserfeldsiedlung bei Salzburg treffen, gehen das Bundesministerium für Finanzen und das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau von dem Grundsatz aus, dass alle Beteiligten ohne Unterschied des Berufes nach den gleichen Erwägungen zu behandeln sind. Den im öffentlichen Dienst stehenden Mieter dieser Siedlung sind die über den ursprünglich angenommenen Betrag von S 3 je m<sup>2</sup> Wohnfläche und Monat hinausgehenden Heizkosten des Winters 1955/56 nicht erlassen, sondern gestundet worden. In diese Stundung wurden die nicht im öffentlichen Dienst stehenden Mieter einbezogen.

Das Bundesministerium für Finanzen und das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau beabsichtigen, allfälligen Anträgen auf Nachlass der erwähnten Mehrkosten insoweit zuzustimmen, als die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Mieter insbesondere in Berücksichtigung der Zahl ihrer Kinder, der Höhe ihres Einkommens oder sonstiger Umstände dies rechtfertigen. Ein genereller Nachlass dieser Mehrkosten erscheint nicht vertretbar, da hiervon über öffentliche Gelder in einem nicht zu vertretenden Ausmass verfügt würde.

In diesem Zusammenhang verweise ich auch auf die Anfragebeantwortung des Bundesministers für Handel und Wiederaufbau betreffend die Anfrage der Abgeordneten Glaser und Genossen über denselben Gegenstand.

-.-.-.-.-